

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg - Ausgabe 01 / 2013

www.spd-nuernberg.de

Sonderteil Bundesparteitag

Peer soll es machen!

SPD nominiert Kanzlerkandidaten

Seiten 2 bis 4

Landesliste der SPD für die Bundestagswahl 2013

Guter Jahresabschluß

Gabriela Heinrich und Martin Burkert
aussichtsreich platziert

Seite 10

inkl.
4-seitiger Beilage
► **DEPESCHE**
der Stadtrats-
fraktion

Vorwort



Liebe Leserinnen
und Leser,

herzlich willkommen im Jahr 2013! Ich freue mich, mit Ihnen/Euch gemeinsam in unser 12. Jahr des Erscheinens des dsp zu gehen. Wir werden wieder Monat für Monat über aktuelle Themen berichten und wollen dabei alle Leserinnen und Leser motivieren, sich aktiv einzumischen.

Dabei wird uns das neue Jahr wieder vor große Herausforderungen stellen. Dazu ist das gemeinsame Miteinander ganz wichtig. In 2013 wird z. B. über die Ausrichtung der Bundes- und Landespolitik in Bayern entschieden. Es wird dabei um Fragen gehen: Wird es in den nächsten Jahren eine gerechte, soziale und weltoffene Politik unter der Führung der Sozialdemokraten geben, oder bleibt es dabei, dass die Gesellschaft in zwei Lager geteilt werden soll, was die Politik der derzeitigen Regierung provoziert?

Natürlich werden wir aber auch die Kommunalpolitik aktiv begleiten, gleich zu Beginn des neuen Jahres werden wir uns in einem großen Kongress den Zukunftsfragen der Kommune widmen. Dazu gibt es in dieser Ausgabe nähere Infos.

Ich freue mich auf ein gutes Miteinander auch in 2013 und grüße alle sehr herzlich

Christian Vogel

Zahnarzt als Ehrenamt

Nürnberger Ehrenamtspreis für Gemeinschaftspraxis Dres. Bernhard und Barbara Lohbauer und Dr. Christian Reinelt für die Straßenambulanz Franz-von-Assisi der Caritas Nürnberg



VON DR. CHRISTIAN PRÖBIUSS

■ Viele Menschen gehen ungern zu ihrem Zahnarzt und für die meisten ist der Gang einmal im Jahr zur Kontrolle unangenehm, aber Routine. Dabei vergessen wir, dass es Menschen in Nürnberg gibt, die nicht zu „ihrem“ Zahnarzt gehen können, die nicht einmal krankenversichert sind. Doch es gibt Zahnärzte, die obdachlose, alkohol- oder drogenabhängige Menschen behandeln. Und das ohne Honorar. Dieses ehrenamtliche Engagement muss gewürdigt werden. Deshalb wurde die Gemeinschaftspraxis Dr. Bernhard Lohbauer, Dr. Barbara Lohbauer und Dr. Christian Reinelt für die Straßenambulanz Franz-von-Assisi der Caritas mit dem Nürnberger Ehrenamtspreis 2012 der Nürnberger SPD ausgezeichnet, der mit 1.000 € dotiert ist.

Laudatorin Gabriele Sörgel von der Stadtmission legte dar, dass die Ärzte ihre Praxis für die Behandlung dieser „nicht wartezimmerfähigen“ Personen extra umbauen mussten. Spezielle Reinigung der Praxis, Personal, Zusatzdienst: das al-

les kostet Geld und die Praxis Lohbauer trägt dies aus eigener Tasche.

Und die Resonanz der Bedürftigen ist riesig. Preisträger Dr. Bernhard Lohbauer: „Dieser Preis macht uns Mut auf unserer Suche nach weiteren Zahnarzt-Kolleginnen und Kollegen, die uns unterstützen. Mein persönlicher Traum wäre die Schaffung eines Netzwerks im gesamten Stadtgebiet.“ Parteivorsitzender Christian Vogel freut sich sehr, dass in diesem Jahr 29 Bewerbungen für den Ehrenamtspreis eingegangen sind. „Das ist ein Beleg für das vielfältige gesellschaftliche Engagement und ein schönes Indiz für den hohen Stellenwert des Ehrenamtspreises in unserer Stadt.“ Festredner Bürgermeister Horst Förther ergänzte, dass sich in Nürnberg rund 100.000 Ehrenamtliche in Vereinen und Verbänden engagieren. „Diese Menschen übernehmen damit eine Aufgabe für den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt. Würde man das bezahlen müssen, käme man auf rund 430 Mio. Euro. Ich danke daher allen, die sich um das Gemeinwohl kümmern!“ Und mit ihm die ganze SPD Nürnberg! ■

Peer soll es machen!

VON DR. CHRISTIAN PROBIUSS

■ Im Schneetreiben ging es im Zug von Nürnberg nach Hannover. Messe, Halle 8. Auf der Bühne des SPD-Parteitags in Hannover der Mann, der Schwarz-Gelb in die Opposition schicken will. Kein Zweifel: Der Mann will Kanzler werden – und er weiß, wofür.

Gegen Parallelgesellschaften, für Gerechtigkeit

Die über 600 Delegierten hat er dabei voll auf seiner Seite. Immer wieder muss Steinbrück innehalten, die Rede wird unterbrochen durch starken Beifall. Beson-

oben? Dort gebe es inzwischen eine Schicht: Reiche, „die es sich in ihrer eigenen Wirklichkeit bequem machen“. Die sich Bildung für ihre Kinder privat kaufen können, Sicherheit, Mobilität oder Kultur. Und die darum kein Interesse mehr an den Leistungen des Staates haben.

„Mehr Wir und weniger Ich.“

Gerechtigkeit, das wird immer wieder deutlich, ist das zentrale Thema des Mannes, der die SPD in den Wahlkampf führen will. Denn: „Etwas gerät aus dem Lot in unserem Land“ – was viele denken, weiß auch Steinbrück. Und damit will er sich nicht abfinden. Sondern eine Politik

durchsetzen mit klarer Richtung: „Der Mensch im Mittelpunkt“. Oder, wie er es auch formuliert: „Mehr Wir und weniger Ich.“

Er benennt klar, was er machen will:

■ Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt: Hier geht es Steinbrück um den Mindestlohn, 8,50 Euro mindestens. Und um gleiche Bezahlung zwischen Leiharbeitern und Stammbeschäftigten und zwischen Frauen und Männern, die Reform der Mini-Jobs, starke Tarifbindung, sichere Jobs.

■ Bei Gesundheit und Pflege will er für eine gute Versorgung für alle sorgen: Im Mittelpunkt steht dabei das Konzept der Bürgerversicherung. Keine Zwei- oder Drei-Klassen-Medizin. Denn: „Die Versicherungskarte darf nicht entscheiden, wann und wie man behandelt wird.“ Und er verschweigt nicht, dass für eine menschenwürdige Pflege auch der Versicherungsbeitrag wird steigen müssen.

■ Anerkennung für ein langes Arbeitsleben: Die SPD und Peer Steinbrück haben ein schlüssiges Gesamtkonzept für gute Renten anzubieten: Mit der Solidarrente, dem abschlagsfreien Rentenzugang auch schon ab 63 für Menschen, die nicht mehr können – oder die lange gearbeitet haben. Mit der Sicherung des Rentenniveaus und der Aussetzung der 67er-Ren-



ders, wenn er leidenschaftlich gerechte Löhne fordert: Für die Millionen, die immer noch zu Billiglöhnen arbeiten müssen. Für Leih- und Zeitarbeiter, die sich nicht selten mit 40 Prozent weniger Geld zufrieden geben müssen als ihre fest angestellten Kolleginnen und Kollegen. Und vor allem auch für Frauen.

Begeisterung erntet Steinbrück auch, als er die Tendenz zu Parallelgesellschaften kritisiert, die sich abkoppeln von der Gesamtgesellschaft. Eine oben und eine unten: „Unten fühlen sich viele ausgegrenzt, ausgeschlossen von der Wohlstandsentwicklung und dem öffentlich Leben.“ Und



te. Die so genannte „Leistungsrente“ der CDU nannte Steinbrück „blanker Zynismus“.

■ Dem Thema Gleichstellung will der Sozialdemokrat besondere Bedeutung zuweisen: in klarer Verantwortung unter dem Dach des Kanzleramts. Dabei seien Themen wie der Kita-Ausbau wichtig, aber nur ein halber Schritt. „Gesellschaftlicher Fortschritt bemisst sich auch daran, wie Frauen und Männer miteinander arbeiten und leben.“

■ Mieten im Griff behalten: „Soziale Stadt“ soll Leitprogramm und altersgerechtes Wohnen besser gefördert werden. Und auch ein Wohnungswechsel dürfe nicht nur bei einem besonders dicken Geldbeutel möglich sein. Darum soll künftig den Makler nur bezahlen, wer ihn auch bestellt.

■ Die Energiewende will Steinbrück konzentriert und mit klarer Struktur wieder aufs Gleis bringen: Die Kräfte dafür will er bündeln in einem Ministerium.

■ Und natürlich eine Politik, die sich gegen die Macht der Finanzmärkte durchzusetzen weiß: Ein starkes Europa, in dem nicht die Menschen in Haftung genom-

men werden für Folgen maßloser Spekulation. Entschiedene Regulierung und die Spekulationssteuer.

„Sagen, was man denkt, tun was man sagt“

Steinbrück tritt an, um der Politik in Deutschland eine andere Richtung zu

was man denkt, tun was man sagt“ – das ist sein Motto. Und deshalb will er die ganze Regierung ablösen: Schwarz und Gelb. Politik – nicht nur besser, sondern anders. Gemeinsam mit den Grünen.

Für diesen Wechsel will er kämpfen. Und dafür stellt er sich zur Wahl zum Bundes-



Foto: Thomas Imo / photothek.net

geben. Eine Politik, die den Bürgerinnen und Bürgern nichts vormacht. Eine Politik, die von Werten geleitet ist. Die klare Ziele hat und den Mut, dafür Weichen zu stellen. Auch bei Gegenwind. „Sagen,

kanzler der Bundesrepublik Deutschland. Die über 600 Delegierten hat er dabei klar hinter sich. Natürlich auch die Nürnberger Delegierten und mit ihnen die Nürnberger SPD! ■

Pressestimmen zum SPD-Bundesparteitag

Nachdem Peer Steinbrück auf dem SPD-Bundesparteitag mit 93,45 Prozent offiziell zum Kanzlerkandidaten gekürt wurde, fällt das Echo in der Presse positiv aus.

**SPIEGEL
ONLINE**

„Deutschland braucht wieder mehr 'Wir' und weniger 'Ich!'“ Das hat

der Mann gesagt, der nun auch offiziell der Kanzlerkandidat der SPD ist. Er hat in Hannover den richtigen Ton getroffen. Das ist nicht wenig. Viel wichtiger aber ist, dass Peer Steinbrück ein Kunststück gelungen ist: Er hat das Bild einer

modernen Sozialdemokratie gezeichnet. Nach Hannover weiß man wieder, warum man die SPD wählen sollte.“

Süddeutsche Zeitung
Deutschlands große Tageszeitung

„Er (Steinbrück) hat sich in manchen formalen, für viele Wähler wichtigen Punkten festgelegt: Rot-Grün und keine Große Koalition mit ihm; Steuererhöhungen für Wohlhabende; mehr Anstrengungen für die Gleichstellung der Geschlechter; Veränderung des Arbeitsrechts in etlichen Punkten. Dies ist, zumindest für eine Nominierungsrede, relativ konkret.“

NRZ

„Sichtbar erleichtert hat Peer Steinbrück die guten 93 Prozent Zustimmung der Delegierten aufgenommen. Mit einer kämpferischen Rede hat er endlich die Herzen der Genossen gewonnen. Dass Deutschland wieder mehr „Wir“ und weniger „Ich“ braucht, ist ein packender Slogan (...) Mit der Ankündigung, der „soziale Wohlfahrtsstaat“ müsse das gesellschaftliche Ziel einer SPD-geführten Bundesregierung sein, hat er eine Richtung vorgegeben, die seine Partei zur klaren Alternative macht.“

General-Anzeiger

„Steinbrück will den ganzen Wechsel, keinen halben. Er wird das mit allen Mitteln der Polarisierung tun, um zu verhindern, dass Merkel mit einem „Schlafwagen-Wahlkampf“ durchkommt.“



„Der Partei hat Steinbrück geliefert, was die Partei wollte: In sein Regierungsprogramm nahm er – der einstige Linken- und Grünenfresser – zahlreiche Positionen des linken Parteiflügels auf (...) Damit ist Steinbrück näher an seine Partei herangerückt. Und die näher an ihn. Und er hat das klare Signal gesetzt: Der Wahlkampf ist eröffnet. Die Wähler der Mitte hat der Kanzlerkandidat der SPD damit noch lange nicht erreicht. Doch darum ging es gestern auch nicht. Noch nicht.“

Mittelbayerische

„Nach Merkels präsidialer Rede - vor ein paar Tagen fast am gleichen Ort beim CDU-Parteitag - die so scharfkantig und präzise war wie Wackelpudding, hat sich

ein spitzzüngiger und gewitzter SPD-Herausforderer präsentiert, den die CDU-Kanzlerin nicht einfach majestätisch abtropfen lassen kann wie bisher. Steinbrück fährt der über allem wallenden Kanzlerin scharf in die offenen Flanken - und davon gibt es einige in Deutschland. Von galoppierenden Mieten, der Ausbeutung von Billiglöhnern sowie der Generation Praktika, der nicht gelungenen Zählung der Finanzmärkte bis zur drohenden Altersarmut.“



Neue Westfälische
OSTWESTFALENS STÄRKE SEITEN

„Kandidat und Partei schreiten „Seit an Seit“, wie es das alte Lied der Sozialdemokratie postuliert. Und sie sind sich nun wohl näher, als sich Union und Merkel trotz deren Wiederwahlergebnis im tiefsten Innern sind. Das Rennen ums Kanzleramt ist seit gestern wieder ein wenig offener.“

WESTDEUTSCHE
ALLGEMEINE
Die Zeitung **WAZ** des Ruhrgebiets

„Die SPD und ihr Kandidat hatten so etwas wie einen Vereinigungsparteitag.“

SÜDWEST PRESSE

„Peer Steinbrück hat die Genossen gestern zum Schluss seiner bemerkenswerten Rede auf den Schulterchluss eingeschworen: „Wann wir schreiten Seit an Seit, dann werden wir es schaffen.“ Über mangelnden Rückhalt konnte er sich nicht beklagen.“

NEUE
OZ ZEITUNG

„Das Ergebnis von 93,45 Prozent lässt sich zweifach interpretieren: Die SPD steht noch nicht komplett hinter ihrem Kandidaten. Gerhard Schröder erhielt auch keinen höheren Prozentanteil. Aber er hat als bislang einziger SPD-Mann einen Regierungswechsel in Berlin herbeigeführt.“

RHEINISCHE POST

„Die Partei ist geschlossen wie nie. Alleine das muss der Kanzlerin ein Signal sein. Steinbrück ist als Herausforderer ernst zu nehmen. Auch dank der Stärke der Grünen.“

Zwölf politische Alternativen

Peer Steinbrück führte in einer Rede-passage zwölf Alternativen auf, die wir hier dokumentieren. Der Kanzlerkandidat wandte sich gegen den „rücksichtslosen Egoismus“. Er sieht eine „Sehnsucht in unserer Gesellschaft (...) nach mehr Gerechtigkeit, Maß und Mitte“. Er sagte: „Deutschland braucht wieder mehr ‚wir‘ und weniger ‚ich!‘“ Er will „die Bundestagswahl zu einer Auseinandersetzung über die Gesellschaftspolitik mit der CDU/CSU machen“.

Hier dokumentieren wir die zwölf Alternativen:

- Statt einer Lohnuntergrenze ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn.
- Statt Lohnndruck und Flucht aus Tarifverträgen – faire Löhne für gute Arbeit und Stärkung der Tarifbindungen.
- Statt Lebensleistungsrente mit 10 oder 20 € über die Grundsicherung hinaus – eine armutsfeste Solidarrente.
- Statt 5-€-Pflege-Bahr – eine bessere Pflege für alle.
- Statt einfach nur Praxisgebühr weg – Zweiklassensystem im Gesundheitswesen weg.
- Statt Flexiquote – Frauenquote.
- Statt Betreuungsgeld – Ausbau von Ganztagesstätten und Ganztagsgrundschulen.
- Statt früh selektierenden Schulsystemen – mehr Durchlässigkeit und Förderung.
- Statt reparierendem Sozialstaat mit nachlaufenden Kosten – lieber einen vorsorgenden Sozialstaat, der in die Befähigung der Menschen hinein investiert.
- Statt Ehegattensplitting, das die Erwerbstätigkeit von Frauen eher behindert – ein Steuersystem, das den bunten Lebensentwürfen in unserer Gesellschaft entspricht.
- Statt Kapitulation vor dem Erpressungspotenzial von Finanzmärkten – eine rigidere Regulierung und Aufsicht von Finanzmärkten.
- Und schließlich: Statt Leisetreterei im Umgang mit Steuerbetrug und Steuerhinterziehung – kein Pardon mit Steuersündern! ■

Wir gehen in die Offensive: Mehr Transparenz im Bundestag

■ Hier ein Aufruf zu einer guten Aktion unserer Genossen aus Görlitz:

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

seit vielen Jahren findet in Görlitz der grenzüberschreitende Europa-Marathon

02.06.2013 als SPD in Görlitz zeigen, dass wir auf dem „Weg“ sind, wieder zu unserer ursprünglichen Kraft und Stärke zurück zu gelangen, dass wir dynamisch und voller Gestaltungswillen sind. Dabei greifen wir ganz bewusst auf die sozialdemokratische Tradition des Sports zurück. Stellt Euch vor, wie es aussähe,

An den Straßen immer wieder Gruppen von Unterstützern in roten T-Shirts, die die Läufer auf der Strecke anfeuern! Wir würden uns sehr freuen, wenn aus möglichst vielen Ortsvereinen und Landesverbänden GenossInnen jedes Alters zu uns nach Görlitz kämen und uns durch Laufen oder als „Anfeuerer“ auf der



statt. Läufer starten in unterschiedlichsten Kategorien (Marathon, Halbmarathon, 10 oder 5 km), Walker, Skater und Handbiker, auch Tretrollerfahrer sind dabei. 2012 gab es einen neuen Teilnehmerrekord mit 1600 Startern. Seit einigen Jahren unterstützt der SPD-Ortsverein Görlitz diesen Lauf finanziell durch den Kauf eines „Kilometers“. Im nächsten Jahr – im Jahr des 150jährigen Parteijubiläums – wollen wir am

wenn 150(0) Läufer in roten T-Shirts gemeinsam starten und vielleicht auch gemeinsam ins Ziel kommen, an der Strecke begleitet und angefeuert durch ebenso sichtbare, gut gelaunte Genossinnen und Genossen.

Was wäre das für ein Wahnsinnsblick: Rote T-Shirts weit und breit, die SPD aktiv und überhaupt nicht alt!

Strecke bei dieser Aktion unterstützen würden. Infos unter <http://www.goerlitz-im-roten-meer.de>

Bitte unterstützt das vielleicht einzige SPD-Sportereignis im Jubiläumsjahr und macht mit!

Wir freuen uns auf Euch alle!

Rotherzliche Grüße

Gerhild Kreuziger

Vorsitzende des SPD-OV Görlitz

EU vor Ort: Die Arbeit des AK Europa Mittelfranken

VON STEPHANIE SCHÄFER

■ Zwischen Krisengipfeln, Rettungsschirmen und nicht leicht zu verstehenden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, droht der eigentliche Europa-Gedanke im Alltag der Bürgerinnen und Bürger verloren zu gehen. Europa muss wieder ein Projekt werden, mit dem die Menschen die Hoffnungen auf eine gute Zukunft verbinden. Für uns vom Arbeitskreis Europa der SPD Mittelfranken geht es vor allem darum, Europa in den Herzen und Köpfen zu verankern. Ein Europa der



Zukunft ist mehr als ein gemeinsamer Wirtschaftsraum.

Zusammen mit Institutionen, Verbänden, Unternehmen und den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir diskutie-

ren über Alternativen zur Sparpolitik der Bundesregierung – und darüber, wie Europa sozialer, demokratischer und somit bürgernäher werden kann. Vor allem aber wollen wir die Bedeutung Europas vor Ort für die Menschen in ganz Mittelfranken bei den jeweiligen Veranstaltungen in den Vordergrund stellen. Damit Europa wieder in greifbare Nähe rückt.

Der AK Europa trifft sich regelmäßig etwa alle 6 Wochen. Kontakt: stephanie.schaefer77@gmx.de ■

FAIRliebt in Nürnberg

VON CHRISTINE KAYSER U. ARIF TASDELEN

■ Der Faire Handel hat eine lange Tradition, auch in Nürnberg. Bereits in den 60er Jahren formte sich eine europäische Fairhandelsbewegung, um Fairhandelsbeziehungen in Entwicklungsländern aufzubauen. Mitte der 70er Jahre verkauften engagierte Nürnbergerinnen und Nürnberger bereits fairen Tee, Kaffee und Zucker, um über ungerechte internationale Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu informieren.

Damit Produzenten und Arbeiter insbesondere in Asien, Afrika und Südamerika ein gerechtes Einkommen für ihre Waren erhalten und unter sicheren Bedingungen arbeiten können, gibt es den Fairen Handel, der nach mehr Gerechtigkeit im internationalen Handel strebt. Mit Fairtrade-Prämien werden vor Ort zusätzlich soziale und ökologische Projekte gefördert, um auch positiven Einfluss auf die Lebensbedingungen vor Ort zu nehmen.

Unser Einfluss auf den Fairen Handel hängt direkt mit unserem Konsumverhalten zusammen. Mit jedem Produkt, das wir kaufen, geben wir den Herstellern

für ihre Produktionsbedingungen unsere Zustimmung – ob wir wollen oder nicht. Dabei will sicher niemand freiwillig



Auf dem Bild: Helga Reinholtz, Christine Kayser, Arif Tasdelen

Zwangs- und Kinderarbeit, 16-Stunden-Schichten und niedrigste Löhne für die Arbeiter(innen) in den Entwicklungslän-

dern unterstützen. Was für uns z. B. pro Tasse Kaffee nur wenige Cent ausmacht, bedeutet für die Kaffeebauern und seine Familie ein verlässlicheres Einkommen.

Und letztlich geht es hier um die Frage einer gerechten Verteilung von Ressourcen und somit auch um die grundlegenden Rahmenbedingungen der globalen Wirtschaft und langfristige um Stabilität und Frieden. Es geht im Grundsatz um die Menschenrechte auf der ganzen Welt.

Nürnberg trägt seit August 2010 den Titel „Fairtrade Town“ – und das nicht ohne Grund: Eine Fairtrade-Steuerungsgruppe arbeitet seit 2009 daran, Nürnberg noch fairer zu gestalten. Ein besonderes Anliegen von uns ist es, den fairen Handel noch mehr in das Beschaffungsmanagement der Stadtverwaltung zu integrieren. Auch am bundesweiten Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ wird sich Nürnberg im nächsten Jahr beteiligen und hofft auf eine Auszeichnung. Zuständig für die „Entwicklungspolitik“ in der Fraktion sind Christine Kayser und Arif Tasdelen. ■

Die Stadt Nürnberg in der digitalen Gesellschaft

VON NORBERT SCHNEIDER UND TH. BREHM

■ Das Internet hat mittlerweile viele Lebensbereiche durchdrungen. Neben den vielen Chancen, die die neuen Technologien bieten, ergeben sich aber auch Probleme und Konflikte, für die die Politik bisher nur unzureichende Antworten hat. Die SPD Nürnberg hat deshalb eine Kommission „Digitale Gesellschaft“ eingesetzt, um die netzpolitische Debatte in die Mitte der Gesellschaft zu holen. Vorrangige Aufgabe ist es, zu informieren und aufzuklären, worum es eigentlich geht, und das in einer Sprache, die auch Nichtspezialisten verstehen. Die Kommission will beispielsweise, dass das Internet

vielen Menschen die Teilhabemöglichkeiten an politischen Entscheidungsprozessen ermöglicht. Darum sollen alle



Bürgerinnen und Bürger die Chance auf einen Internetzugang mit schneller Datenverbindung erhalten. Durch Bildung

und Qualifizierung sollen sie in die Lage versetzt werden, die Technologien zu nutzen. Informationen der Stadtverwaltung sollen offen präsentiert und Entscheidungswege im Netz nachvollziehbar gemacht werden.

Diese und weitere Forderungen sind in einem Diskussionspapier „Die Stadt Nürnberg in der digitalen Gesellschaft“ enthalten, das unter www.netzpolitik.spd-nuernberg.de gelesen und kommentiert werden kann. Die SPD Nürnberg lädt dazu ein, sich an dieser Diskussion zu beteiligen, damit in Nürnberg der Weg zu mehr Bürgerbeteiligung über das Internet weiter vorangetrieben wird. ■



Mehr über unsere Arbeit erfahren Sie auf unserer Internetseite, als praktischen Service finden sie außerdem QR-Codes zu Beginn der Artikel.

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser der Rathaus-Depesche,

die SPD-Fraktion wünscht Ihnen für das Jahr 2013 alles Gute, vor allem Gesundheit und persönliches Wohlergehen. Wir wollen auch dieses Jahr ein zuverlässiger Ansprechpartner für Sie in Nürnberg sein.

Für diesen Winter hat der Servicebetrieb Öffentlicher Raum (SÖR) rund 12 000 Tonnen Salz und 4000 Tonnen Blähton eingelagert. Weitere Mengen stehen zum Abruf bereit. Für das Streuen auf den Straßen stehen 37 Großstreufahrzeuge bereit. Weitere 160 Fahrzeuge sind für den Einsatz auf Wegen und Überwegen vorgesehen. SÖR kann bis zu 370 städtische Mitarbeiter im Winterdienst einsetzen.

Sie sehen, SÖR hat die notwendigen Vorkehrungen getroffen, um den Winterdienst zu meistern. Trotzdem soll-

ten sich alle Bürgerinnen und Bürger auf die jeweiligen Wittersituationen einstellen und rücksichtsvoll und partnerschaftlich miteinander umgehen.

Danken möchte ich den vielen Faschingsgesellschaften und dem Festausschuss Nürnberger Fastnacht, die mit viel Idealismus und ehrenamtlichem Engagement den Nürnberger Fasching fördern und das ganze Stadtleben bereichern.

Herzliche Grüße

Lorenz Gradl

stellvertretender Fraktionsvorsitzender

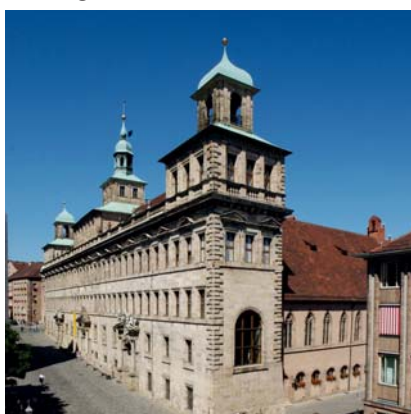


REFORM DER STADTVERWALTUNG: SPD WIRD PLANUNGSREFERAT SCHAFFEN



Im April 2011 unterzeichneten SPD und CSU im Nürnberger Rathaus eine Grundsatzvereinbarung, um die Zahl der städtischen Referenten (sie sind so etwas wie Stadt-Minister) ab 2014 je Fraktion um einen zu reduzieren. Danach folgten monatelange Verhandlungen, um den künftigen Zuschnitt der Stadtverwaltung festzulegen. In der „Stadtregierung“ sind beide Parteien heute mit je vier Referenten vertreten, die Grünen stellen ein Mitglied der Referenten-Riege. Die SPD bot der CSU wichtige Teile aus „ihren“ Referaten an, um zu einer schlüssigen Struktur zu kommen. Bewegt hat sich die CSU nicht. Nun hat die SPD einen Vorschlag gemacht, wie auf Grundlage der gemeinsamen Vereinbarung die Verkleinerung der Stadtregierung geschafft und die Ämter der Stadt in effizienten Einheiten zusammengefasst werden können.

Im Kern sieht das SPD-Modell vor, erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg ein Planungsreferat zu schaffen. Dabei



werden aus dem bisherigen Baureferat alle Planungsleistungen zusammengefasst. Unter der Leitung des heutigen Umweltreferenten Dr. Peter Pluschke werden künftig Stadtplanung, Verkehrsplanung und Umweltplanung das bisherige nebeneinander ablösen. Weil es in der Vergangenheit immer wieder

zu immensen Kostensteigerungen bei städtischen Bauten kam, soll Stadtkämmerer Harald Riedel das Hochbauamt, dem die Baudurchführung für Schulhäuser, Ämtergebäude oder Kulturstätten obliegt, übernehmen. Sozialreferent Reiner Pröls soll das Gesundheitsamt verantworten und Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly eine Stabstelle für die langfristige Stadtentwicklung bekommen.

Wichtig ist diese Reform aus zwei Gründen: Zum einem muss die Politik zeigen, dass nicht immer nur bei den kleinen Einheiten, sondern auch bei den „Häuptlingen“ gespart werden kann. Zum anderen müssen Überschneidungen beseitigt und Abläufe effizienter werden.

Mit ihrem Vorschlag ist die SPD bereit, für diese Ziele und für eine funktionsfähige Organisation auf Macht und Einfluss zu verzichten.

Weitere Informationen: Christian Vogel, spd@stadt.nuernberg.de



ÜBER BETREUUNGEN IN NÜRNBERG

Im Jahr 1992 wurde das Betreuungsrecht in Deutschland eingeführt. Es war eine Jahrhundertreform die unter anderem das bis dahin gültige Entmündigungsverfahren aus dem Jahr 1877 außer Kraft gesetzt hat. Gesetzliche Betreuer unterstützen in Nürnberg derzeit rund 8000 Menschen, die nach einem Unfall, im Alter oder wegen einer geistigen Behinderung nicht alleine für sich sorgen können. Mehr als die Hälfte der Betreuungen werden innerhalb der Familien durch Angehörige geregelt. Darüber hinaus gibt es Berufs-Betreuer sowie kompetente Mitarbeiter in den Betreuungsvereinen der sozialen Träger.

Gesetzliche Betreuer regeln die Angelegenheiten, die Ihnen vom Amts-

gericht übertragen wurden. Unterstützungen für den Haushalt oder Pflegeaufgaben werden von den Betreuern organisiert, jedoch nicht selbst ausgeführt.

Jährlich werden in Nürnberg ca. 3000 neue Betreuungen beantragt, die durch das Betreuungsgericht, nach fachärztlicher Begutachtung und einer Stellungnahme der Betreuungsstelle der Stadt Nürnberg, entschieden werden.

Aufgrund der demografischen Entwicklung, aber auch durch die Zunahme psychischer Erkrankungen, die durch steigende Anforderungen im Alltag und prekäre finanzielle Situationen ausgelöst oder verstärkt werden,

kann man davon ausgehen, dass sich die Anzahl der betreuten Menschen weiter erhöhen wird.

Der von der SPD-Fraktion geforderte Bericht im Sozialausschuss machte deutlich, wie wichtig für den Ernstfall eine Betreuungsverfügung oder eine persönliche Vorsorgevollmacht ist. Mit dieser Vollmacht kann eine Person Ihres Vertrauens Ihre Interessen und Wünsche etwa gegenüber Behörden, Krankenhäusern und Pflegeheimen vertreten.

Infos über die Vorsorgevollmacht erhalten Sie bei der Betreuungsstelle der Stadt Nürnberg, Tel. 231-2174.



Weitere Informationen: Renate Blumenstetter und Michael Ziegler, spd@stadt.nuernberg.de

BESUCHE, AKTIONEN, GESPRÄCHE



25 Jahre ist Brigitte Reuter schon Mitglied des Nürnberger Stadtrates. Als Dank und Anerkennung für ihr ehrenamtliches Engagement durfte sich die couragierte und geschätzte Expertin



für die städtische Wohnungspolitik in das Goldene Buch der Stadt Nürnberg eintragen. Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly lobte dabei die Verdienste von Brigitte Reuter und würdigte ihren Einsatz für das Gemeinwohl.

Um das Gemeinwohl ging es auch bei der Veranstaltungsreihe neu-N der SPD-Stadtratsfraktion. In einer letzten Etappe der im Jahr 2010 begonnen Themenreihe konnten vier hervorragende und gut besuchte Veranstaltungen

durchgeführt werden. Die Themen reichten von der Mobilität im Alter,



über die Förderung der Pop-Musik und der Gestaltung der Energiewende bis



hin zur Förderung der Wohnungsgenossenschaften. Bedauerlich war, dass



die Abschlussveranstaltung zur städtischen Wirtschaftspolitik mit Ministerpräsident Torsten Albig kurzfristig, wegen eiliger, unaufschiebbarer Bundesrats-Termine entfallen musste. Die SPD-Fraktion arbeitet aber an einem Nachholtermin.

Über die neuesten Entwicklungen auf dem ehemaligen AEG-Gelände und die aktuelle Situation des Quelle-Komplexes in der Fürther Straße informierten sich eine ganze Reihe von SPD-Stadträten bei einer eigens organisierten Begehung in der Weststadt. Nach den bitteren Schließungen gibt es mittlerweile sowohl zarte als auch deutlich erkennbare Hoffnungsschimmer für eine gelingende Wiederbelebung.

TEMPO 30 VOR SCHULEN GERICHTLICH BESTÄTIGT



Es war eine frohe Botschaft, die das Nürnberger Rathaus in der Vorweihnachtszeit erreichte. Abgesendet wurde die Botschaft in Ansbach, vom dortigen Verwaltungsgericht. Die Richter hatten über eine Klage gegen das Tempolimit vor dem Dürer-Gymnasium zu befinden. Und die Richter urteilten eindeutig: Die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30km/h ist zulässig! Das Urteil ist eine klare Bestätigung für die Stadt Nürnberg und Oberbürgermeister Ulrich Maly.

Zur Vorgeschichte: Auf Betreiben der SPD hatte sich die Nürnberger Rathaus-Kooperation festgelegt, vor allen Schulen (und nicht nur vor ausgewählten) im Stadtgebiet Tempo 30 einzuführen. Die Stadtverwaltung prüfte daraufhin alle Standorte, um jeweils eine Gefahrsituation nachweisen zu können. Im Sommer 2012 wurden dann die Schilder aufgebaut. Doch die Regierung von Mittelfranken beanstandete als Aufsichts-

behörde das Vorgehen der Stadt. In Verhandlungen konnte Oberbürgermeister Maly erreichen, dass vor den meisten Schulen Tempo 30 bleiben durfte. Vor drei Schulen mussten allerdings die Schilder wieder abgebaut werden. Nur

zwei Tage nach Verkündung des Gerichtsurteils ordnete Oberbürgermeister Maly an, dass die Schilder vor allen Schulen wieder aufgebaut werden. Für die SPD ist klar: Sicherheit geht vor Schnelligkeit!

Ein Jahr lang führte die SPD-Stadtratsfraktion einen Fotowettbewerb durch. Gesucht wurden jeden Monat die schönsten Aufnahmen von Bäumen in Nürnberg.

Die Sieger-Fotos, fotografiert von Hobby-Fotografen, wurden nun in einem Kalender für das Jahr 2013 zusammengestellt. Diese Kalender können für eine kleine Spende im Büro der SPD und im SPD-Fraktionsbüro abgeholt werden.

Aus den Spendenerlösen will die SPD-Fraktion einen weiteren Straßenbaum finanzieren.



**BÄUME UNSERER STADT
KALENDER 2013**



Nürnberg ist eine schöne und lebenswerte Stadt. Die Bäume, die hier wachsen, sehen nicht nur gut aus, Sie tun auch Gutes. Unsere Luft, unser Mikroklima wird durch Abwehrstoffe der Blätter gesäubert. Die SPD in Nürnberg hat sich vorgenommen, die Zahl der Bäume zu erhöhen, wir haben einen Call-to-Action gemacht. Einmal gestrichelt und wieder abgelesen – unser Foto-Wettbewerb zum Erfolg. Ein Jahr lang wurden die schönsten Aufnahmen von Bäumen in Nürnberg gesucht. In diesem Kalender sind die Besten zusammengefasst. Zusammengefasst – Spenden, die wir für diesen Kalender erlösen, verwenden wir, um einen weiteren Straßenbaum für unsere Stadt zu kaufen.

Die SPD-Stadtratsfraktion



INTERESSANTE EINBLICKE IN DIE REGIONALPOLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION

Stadt- und Gemeinderäte haben wenige direkte Berührungspunkte mit der Europäischen Union. Da jedoch viele Grundsatzfragen und Fördergelder mittlerweile in Brüssel entschieden bzw. vergeben werden, ist es der EU-Kommission wichtig, den Austausch mit Lokalpolitikern zu intensivieren. Als einen Baustein hat die EU-Kommission das ERASMUS-Programm für kommunale und regionale Mandatsträger ins Leben gerufen. Unter den 100 ausgewählten Politikern sind auch die SPD-Stadträte Katja Strohacker und Thorsten Brehm.

Kohäsionspolitik und über Projekte anderer europäischer Städte zu informieren. Die Erkenntnisse, die etwa skandinavische Länder bei der Förderung der Elektromobilität gewinnen konnten,

vor Ort und einem Abschlussworkshop in Brüssel.



Thorsten Brehm und Katja Strohacker mit EU-Kommissar Johannes Hahn

Übergeordnetes Ziel der EU bleibt es, die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede innerhalb der Union zu reduzieren und durch eine gezielte Förderung Innovationen voranzutreiben. Die Städte spielen dabei eine besondere Rolle. Eine wichtige Erkenntnis ist etwa, dass es eher die mittleren Städte wie Nürnberg sind, die für Dynamik und Wachstum sorgen. Nürnberg ist nach den Erfahrungen von Brehm und Strohacker im europäischen Wettbewerb gut aufgestellt.

Bei den Open Days – einer Tagung über die Politik für Städte und Regionen in Brüssel – hatten sie die Möglichkeit, sich über EU-Ziele in der

sollen auch anderen helfen. Fortgeführt wird der ERASMUS-Austausch 2013 mit dem Besuch eines Projektes

Viele innovative Ansätze, die in Brüssel vorgestellt wurden, sind bei uns bereits Alltag oder auf den Weg gebracht.

Weitere Info: K. Strohacker, katja.strohacker@odn.de und Th. Brehm, thorsten@brehm-nuernberg.de



ZIELE UND REALISIERUNG DER GROSSBAUSTELLE FRANKENSCHNELLWEG



Allen Prognosen zufolge wird der Individualverkehr weiter zunehmen – auch wenn die Stadt Nürnberg verstärkt in den öffentlichen Personennahverkehr investiert. Die SPD-Stadtratsfraktion steht auch aus diesem Grund zum Ausbau des kreuzungsfreien Frankenschneidwegs.

Der Verkehr, der dort gebündelt werden soll, quält sich wegen der ständigen Staus derzeit über andere Wege durch die Stadt und belastet dort innerstädtische Wohngebiete. Abgase und Verkehrslärm sind die Folge. Außerdem trennt der Frankenschneidweg Stadtteile voneinander.

Die Ziele des Ausbaus liegen auf der Hand: der Verkehr soll auf der Hauptachse Frankenschneidweg gebündelt werden, die angrenzenden Stadtteile sollen so entlastet und die staubeding-

ten Zusatzemissionen vermieden werden.

Der Ausbau des Frankenschneidwegs verbessert die Stadtstruktur. Mit dem Tunnel und Lärmschutzwänden werden die angrenzenden Stadtteile vor Verkehrslärm und Abgasen geschützt. Im Bereich Gibitzenhof wird eine neue räumliche Gestaltung und Nutzung möglich. Der Frankenschneidweg verliert dort seine den Stadtteil trennende Wirkung. Die Anwohner der anliegenden Wohnquartiere werden nach dem Ausbau des Frankenschneidwegs eine Verbesserung der Wohnqualität und des Wohnumfeldes erleben und mehr Freiraum und Grünanlagen zur Verfügung haben.

Der Straßentunnel wird 1,8 Kilometer lang. Er wird aus Richtung Fürth kommend westlich der Rothenburger Straße beginnen und im Süden kurz vor der Ot-

to-Brenner-Brücke enden. Eine weitere Tunnel-Einfahrt und Ausfahrt wird zwischen Schwabacher Straße und Landgrabenstraße / An den Rampen liegen.

Die Planung für den Ausbau des Frankenschneidwegs wurde vom Verkehrsausschuss der Stadt Nürnberg schon lange beschlossen. Zur Erlangung des Baurechts, wurde bei der Regierung von Mittelfranken das Planfeststellungsverfahren beantragt. Auf Grund einer Änderung der Rechtsprechung, muss das Planfeststellungsgebiet um die Nachbarstädte, die an der A 73 liegen, also Fürth und Erlangen erweitert werden. Dort müssen deshalb ergänzend die Planfeststellungsunterlagen ausgelegt werden. Damit betreibt die Stadt Nürnberg keine Verzögerungstaktik, wie die CSU dies behauptet. Es wird lediglich etwas durchgeführt, was die Regierung von Mittelfranken entschieden hat.



Weitere Informationen: Harald Dix, haralddix@freenet.de

SPLITTER AUS DEN STADTEILEN

NÜRNBERG: Die SPD-Stadtratsfraktion hat eine Expertenanhörung im Stadtrat über die Nürnberger Arbeitsmarktsituation und ihre Folgen für die Stadt beantragt.

THON: Die SPD-Stadtratsfraktion hat die Erstellung eines Rahmenplanes für die Fläche der jetzigen Endhaltestelle Thon beantragt, da diese bei einem Weiterbau der Straßenbahn bis zur Haltestelle „Am Wegfeld“ mittelfristig entfällt. Die Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbs bietet sich für dieses stadteigene rund 10.000m² große Areal geradezu an.

GOSTENHOF: Der Neubau der DATEV machte eine Modifizierung des Straßenplanes nötig, was in Konsequenz

zu einer Aufwertung der Fürther Straße führt. Eine Abbiegespur für die DATEV, Stellplätze für Gäste aus aller Welt, eine verbesserte Radwegführung und mehr „Grün“. Eine intelligente Ampelschaltung lässt Staus vermeiden.

EIBACH: Die SPD-Stadtratsfraktion hat beantragt zu prüfen, ob bei der angestrebten Sanierung der Eibacher Hauptstraße die Verwendung von lärm-minderndem Asphalt in Frage kommt. Damit könnte die Belastung der Anwohner deutlich reduziert werden.

GIBITZENHOF/WERDERAU: Die SPD-Fraktion hält das Jugendhaus „JUKI“ für Kinder- und Jugendliche in der Werderau für unverzichtbar. Weil das Mietverhältnis für die Einrichtung am jetzigen

Standort gekündigt wurde, hat die SPD den Antrag gestellt, kurzfristig einen neuen Standort zu finden.

DIE STADTRATSFRAKTION BESUCHTE: Weihnachtsfeiern in den Heimen des NürnbergStifts+++Sammel-Benefiz-Aktion der Aidshilfe +++ Adventsnachmittag bei der Lebenshilfe +++ Adventsempfang des Seniorennetzwerkes +++ Advents-Revue des CCN 50 plus e.V. +++ Informationsveranstaltung des Nürnberger Freiraumkonzeptes +++ Adventsfeier des ehrenamtlichen Besuchsdienstes +++ Polizeior aus Enschede +++ Diehl-Pensionisten +++ Absolventenfeier des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften“ +++ Verleihung des Menschenrechts-Filmpreises 2012 +++

Ein Rentenkonzept, das für die Zukunft taugt

VON MARTIN BURKERT

■ Der lange Vorbereitungsprozess und die gute Diskussion innerhalb unserer Partei hat sich gelohnt: Die SPD hat auf dem Parteikonvent im November einstimmig – womit kaum jemand zuvor gerechnet hatte! – ein Rentenkonzept beschlossen, das tauglich ist für die Zukunft unseres Landes und die Sicherheit der ins Rentenalter rückenden Generationen.

Dabei wissen wir alle: Nur aus guten Löhnen werden gute Renten. Der gesetzliche Mindestlohn und die Steigerung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse sind die Grundvoraussetzungen für eine funktionierende Rentenpolitik!

Das Rentenniveau wird bis zum Ende des Jahrzehnts bei rund 50 Prozent stabil bleiben. 2020 wird eine Überprüfung stattfinden. Unser Ziel ist es, die Sicherungslücke zu verhindern und eine Absenkung auf 43 Prozent zu vermeiden, wie es gegenwärtig noch Gesetzeslage ist.

Mit unserer Solidarrente von 850 Euro für jeden, der trotz 30 Beitrags- und 40 Versicherungsjahren und trotz Anerkennung der Kindererziehungszeiten und Zeiten der Arbeitslosigkeit unter diesem Betrag bleiben würde, sorgen wir für ein Stück sozialen Ausgleich in unserer auf Solidarität aller angewiesenen Gesellschaft.

Weitere wichtige Punkte sind die Einbeziehung ungesicherter Selbständiger (deren Zahl ständig wächst!) in die gesetzliche Rentenversicherung und die Angleichung der Rentenbemessung in Ost und West.

Ganz wichtig aber wird es sein, flexible Übergänge in die Altersrente zu schaffen. Viele Beschäftigte können schon heute nicht bis zum 65. Lebensjahr arbeiten. Deshalb wollen wir eine abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren und den Ausbau der Teilrente ab dem

60. Lebensjahr. Die „Rente mit 67“ wird ausgesetzt. Eine Anhebung des Renteneintrittsalters ist frühestens dann mög-



lich, wenn die 60 bis 64-Jährigen mindestens zu 50 % sozialversichert sind.

Auch bei der Erwerbsminderungsrente haben wir wichtige Verbesserungen vorgesehen. Wir werden die für alle vorzeitigen Rentenzugänge geltenden Abschläge bei Erwerbsminderung abschaffen, die die Renten durchschnittlich mit einem Minus von 77 Euro monatlich belasten.

Erleichterte Möglichkeiten für Zusatzbeiträge – auf gesetzlicher, nicht auf privater Versicherungsbasis! – sollen dazu dienen, gerade bei stark belastenden Tätigkeiten den Zeitpunkt des Renteneintritts flexibler zu gestalten.

Wir sind auch ehrlich gegenüber den Beitragszahlern: Ein moderates Ansteigen des Beitragssatzes auf 22 % wird wohl unvermeidlich sein. Aber dies ist eine vertretbare Folge des Solidarpaktes zwischen Jung und Alt, auf den unser Land auch in Zukunft bauen muss! Und wir stehen auch dazu, dass die Gemeinschaft der Steuerzahler bereit sein muss, aus dem Bundeshaushalt einen Beitrag zur Sicherung unseres bewährten Alterssicherungssystems zu leisten.

Wir Sozialdemokraten setzen Maßstäbe für die künftige Alterssicherung. Die politischen Mitbewerber haben dem nichts

Gleichartiges entgegenzusetzen. Es wird an uns liegen, im Wahljahr diese Chance zu nutzen, uns als Partei der sozialen Sicherheit auch im Alter zu profilieren und das Vertrauen der jetzigen und künftigen Rentnergeneration zu gewinnen! ■

Tandem Start e.V. sucht Mitstreiter/innen



Junge BVJ-Schüler/innen suchen jung gebliebene Berufstätige zur Unterstützung beim Quali und Berufseinstieg (ca. 1 h wöchentlich).

Kontakt und mehr Infos unter bettinazauhar@gmx.net

Volksbegehren: Studiengebühren – Nein danke!

■ Gemeinsam mit Niedersachsen ist Bayern das letzte Bundesland, das Studiengebühren erhebt. Für junge Menschen aus Familien mit geringem Einkommen schaffen diese Gebühren eine weitere Hürde zur Aufnahme eines Studiums. BayernSPD, Freie Wähler und Grüne sind sich deshalb einig: Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen! Studiengebühren müssen abgeschafft werden! Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat nun den Weg für das Volksbegehren zur Abschaffung der Studiengebühren freigemacht: **Vom 17. bis zum 30. Januar 2013 läuft die Eintragungsfrist für das Volksbegehren.**

In diesen zwei Wochen müssen sich ca. 940.000 Bürgerinnen und Bürger in den (zumeist) Rathäusern ihrer Gemeinden und Städte eintragen, damit es zum Volksentscheid gegen Studiengebühren kommt. Das ist eine ziemlich hohe Hürde. Deshalb bündeln wir nun alle Kräfte, um das Volksbegehren zum Erfolg und die schwarz-gelbe Chaosregierung zum Bruch zu bringen! BayernSPD, Freie Wähler und Grüne haben mit Studierenden-Organisationen, Gewerkschaften, Parteien, Sozialverbänden und anderen Institutionen ein Bündnis zur Abschaffung der Studiengebühren geschlossen.

Nürnberg's Studierende sind natürlich besonders von diesem Thema betroffen. Jedoch lassen es Leistungsdruck

de die Möglichkeit haben, sich in ihren Pausen einzutragen. Bereits bei den vergangenen Volksbegehren kam die Stadt

**JA zur BILDUNG
NEIN ZU
STUDIENGEBÜHREN!**

www.volksbegehren-studiengebuehren.de

Bündnis Volksbegehren gegen Studiengebühren:

Eintragen!
Beim Volksbegehren
im Rathaus
17.-30.01.2013

und lange Pflicht-Präsenzzeiten an den Hochschulen oftmals nicht zu, zu den Öffnungszeiten an den ausgewiesenen Eintragungsorten zu sein. Aus diesem Grund setzt sich die Nürnberger SPD-Fraktion im Rathaus dafür ein, Eintragungsorte zu schaffen, die nah an den Hochschulen liegen, so dass Studieren-

den Bedürfnissen von Bürgerinnen und Bürgern entgegen. So wurden zum Beispiel die Öffnungszeiten verlängert und zusätzliche Eintragungszeiten an Wochenenden geschaffen.

Inhaltliche Informationen gibt es hier: volksbegehren-studiengebuehren.de
Weitere Informationen zu den Eintragungstellen in Nürnberg findest Du hier: www.nuernberg.de/internet/wahlen/volksbegehren.html ■

Vorankündigung: Politischer Aschermittwoch 2013 in Vilshofen

Am 13. Februar 2013

Beginn: 10:00 Uhr - Einlass: 08:15 Uhr

Redner: Florian Pronold, Landesvorsitzender der BayernSPD, Christian Ude, Spitzenkandidat der BayernSPD zur Landtagswahl, Peer Steinbrück, Kanzlerkandidat der SPD

Die Geschäftsstelle organisiert Busse nach Vilshofen.

Anmeldungen mit Namen, Personenzahl, Mailadresse und Telefonnummer bitte bis 31.01.2013 an:

buer0@spd-nuernberg.de

Telefon 0911 438960

Fax 0911 4389619

Die Karten können ab 01.2.13 im Parteibüro abgeholt werden.

Wichtige Termine zum Volksbegehren in Nürnberg:

17.01.13

Rathaus - Gemeinsame Eintragung für das Volksbegehren Studiengebühren mit OB Dr. Ulrich Maly und weiteren prominenten Erstunterzeichner/innen (Weitere Infos folgen!)

18.01.13

Aktionstag zum Volksbegehren Studiengebühren

ZUKUNFTSKONVENT 2013

Um was geht's?

Beim Zukunftskonvent der Nürnberger SPD seid ihr gefragt. Es geht um Eure Ideen und Vorschläge für die Nürnberger Stadtpolitik. In acht verschiedenen Themenforen habt Ihr die Chance, Euch in die Stadtpolitik einzubringen. Nach einer Einführung durch Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly wird in den Foren offen diskutiert. Jeder darf mitmachen. Wir bringen Leitgedanken in die Foren ein und wollen dann mit Fachleuten aus anderen Städten und mit Euch und allen Nürnbergerinnen und Nürnbergern darüber und über Eure Ideen sprechen. Die Ergebnisse

Rede zur Stadtpolitik von Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly
Diskussion
anschließend Mittagspause

Zweiter Block / 13:00 Uhr bis 15:30 Uhr
Diskussion in Fachforen
anschließend Kaffeepause

Dritter Block / 16:00 Uhr bis 17:00 Uhr
Abschlussrunde im Plenum
Ende: 17:00 Uhr

Welche Themen werden diskutiert?

1. Forum Sauberkeit und Sicherheit
2. Forum Finanzen der Stadt
3. Forum Wirtschaft und Arbeit
4. Forum Demografischer Wandel
5. Forum Umwelt und Naherholung
6. Forum Stadtentwicklung und Verkehr
7. Forum Gesellschaftliche Teilhabe
8. Forum Juso-Forum – Jugend unter Druck

Wer kann mitmachen?

Mitmachen können alle Bürgerinnen und Bürger. Es ist eine Anmeldung erforderlich. Anmeldungen bitte per Email an buer0@spd-nuernberg.de, per Fax an 0911 4389619 oder per Telefon unter 0911 438960. Bitte teile bei der Anmeldung mit, in welchem Forum Du mit-



arbeiten werden wir dokumentieren und bei der Erarbeitung unseres Programms für die nächste Kommunalwahl im Jahr 2014 berücksichtigen. Diskutiere mit – beim Konvent selbst oder im Internet unter www.zukunft-N.de

Wie läuft der Konvent ab?

Einlass 09:30 Uhr
Beginn 10:00 Uhr

Erster Block / 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr
Begrüßung durch Parteivorsitzenden Christian Vogel

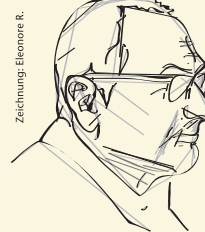
arbeiten willst. Bitte gebe auch eine Alternative an, für den Fall, dass das gewünschte Forum belegt sein sollte. Eine Anmeldung für einzelne Teile des Gesamtprogramms (z. B. nur Nachmittagsforum) ist möglich. Die Teilnahme ist kostenfrei. Hinweis zur Kinderbetreuung: Für Mütter und Väter, die am Konvent teilnehmen wollen, bieten die Falken Nürnberg von 09:30 Uhr bis 17:00 Uhr eine Kinderbetreuung an. Hierfür ist eine verbindliche Anmeldung durch die Erziehungsberechtigten erforderlich. Die Vortragsräume sind barrierefrei. ■

Die Kolumne

VON PETER SCHMITT

Es besteht noch Hoffnung für den Aufseßplatz. Ein schickes Shop-In-Shop-Center soll es werden. Irgendwann. Momentan handelt es sich um bloßes Verkündigungsgetöse. Machen wir uns nichts vor: In der Südstadt ist Kaufkraft ein Fremdwort. Sonst hätte der Kaufhof gar nicht erst schließen müssen. Der Anteil der Menschen, die von Transferleistungen leben oder sich mit Billigjobs über Wasser halten, ist hoch. Das Einkommen reicht eben nur für Mäc Geiz und Woolworth. Und das hat eine politische Dimension: Wenn in diesem Land endlich Mindestlöhne für alle Berufssparten gesetzlich festgeschrieben sind, haben Einkaufszentren auch in der Südstadt eine echte Chance.

Unbedingt erwähnt werden muss noch das Blödstück des Jahres 2012. Ein Verein namens JU findet es unzulässig, wenn im Rathaus eine Jubiläumsausstellung zur Geschichte der SPD gezeigt wird. Man weiß nicht, wo diese Versammlung wurzelt. Auf dem Boden der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung offenbar nicht. Ein Fall für den Verfassungsschutz.



Zeichnung: Eleonore R.

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg
Verantwortlich: Olaf Schreglmann
Redaktion: Christian Vogel, Dr. Christian Pröbuiß, dsp@spd-nuernberg.de
Redaktionsanschrift:
der springende punkt, Karl-Bröger-Str. 9,
90459 Nürnberg, Tel.: 0911 - 4389650

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



Termine

6.01.13 - 12:00 Uhr

**SPD Gostenhof:
Neujahrssessen**
Neujahrssessen mit Familie und Freunden zusammen mit der SPD Johannis im Palais Schaumburg (Kernstr. 46)

8.01.13 - 20:00 Uhr

**SPD Großgründlach:
Mitgliederversammlung**
Gasthof Rotes Ross, Großgründlacher Hauptstr. 22

9.01.13 - 19:00 Uhr

**SPD Eibach-Röthenbach:
Ortsvereinstreffen**
Treffen für Mitglieder und Interessierte, Kulturladen Röthenbach, Röthenbacher Hauptstr. 74

11.01.13 - 18:00 Uhr

Arbeitskreis Knoblauchsland: Helferfest
in der Behindertenwerkstatt Boxdorf, Nürnberg-Boxdorf, Am Spund 4

11.01.13 - 19:00 Uhr

SPD Fischbach: Jahreshauptversammlung
mit Neuwahlen, AWO-Treff, Altenfurter Straße 39

„Die Braunen gehören ins Brötchen“ – Brottüten für ein BUNTES Nürnberg

Christian Albert, Obermeister der Bäckerei Nürnberg und Michael Ziegler, SPD-Stadtrat und Vorsitzender des Fördervereins Evangelische Medienzentrale Bayern starteten die originale Aktion für ein BUNTES Nürnberg.

Die Idee von den „Braunen ins Brötchen“ kommt von den Demos in Gräfenberg. Dort stand immer ein Würstchenstand mit diesem Motto. Die Mittel zu dieser Aktion kommen vom Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“.

Der Obermeister der Bäckerei Nürnberg, Christian Albert, findet die Brottüten super. Deshalb startete die Aktion in seinem Laden. In einer ersten Auflage von 15.000 Stück werden die

Brottüten an interessierte Geschäfte verteilt. Auch am Nürnberger Christkindlesmarkt konnte man die Tüten unterbringen. Interes-



senten bekommen Tüten bei michael.ziegler.nbg@gmx.de oder Infos unter www.facebook.com/nuernberg.ist.bunt

Burkert und Heinrich auf guten Plätzen

Guter Jahresabschluss für die SPD Nürnberg: Die Bayerische Landesliste der SPD für die nächste Bundestagswahl wurde beschlossen.

Dabei wurden die Nürnberger Kandidaten Martin Burkert und Gabriela Heinrich aussichtsreich platziert. Die Listenplätze 3 (Burkert) und 22 (Heinrich) geben Anlass zur berechtigten Hoffnung, dass die Nürnberger SPD auch in Zukunft mit zwei Abgeordneten in Berlin vertreten sein wird. Dies ist ein großer Vertrauensbeweis, aber auch der Lohn für

eine gute Arbeit, die in der Nürnberger SPD seit Jahren geleistet wird. Diese Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger von Nürnberg werden wir auch im Wahlkampf in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung stellen.

Dazu hilft auch die Nominierung von Peer Steinbrück zum Kanzlerkandidaten. Peer Steinbrück hat in seiner leidenschaftlichen Nominierungsrede keine Zweifel daran gelassen, wofür die SPD mit einem Kanzler Steinbrück steht. Mehr dazu in dieser Ausgabe. ■



„Die SPD immer wieder herausfordern“

Jahreshauptversammlung der Jusos:
Nasser Ahmed wiedergewählt

Personelle Ausrichtung

Auf ihrer Jahreshauptversammlung am 2. Dezember 2012 haben die Jusos Nürnberg ihren bisherigen Vorsitzenden Nasser Ahmed in seinem Amt bestätigt. Mit der überwiegenden



v.l.n.r.: Nadine Segert, Nasser Ahmed, Tasja Prölb, Max Bär, Carl Veldman. Vorne: Yasemin Yilmaz.

Mehrheit der abgegebenen Stimmen wurde der 24-jährige Student der Politikwissenschaften zum dritten Mal gewählt.

Zu seinen StellvertreterInnen wurden neben den bereits vorstandserfahrenen Yasemin Yilmaz, Carl Veldman und Maximilian Bär auch Tasja Prölb und Nadine Segert in den neuen Vorstand der Jusos Nürnberg gewählt.

Inhaltliche Ausrichtung

Die Wahl dieses Vorstandes stellt auch ein Votum für eine programmatische Ausrichtung dar. Die Jusos setzen sich auf allen politischen Ebenen – von der EU bis zur Kommune – für linke Politik ein. Darunter verstehen die Jusos Nürnberg eine Politik, die trotz aller Komplexität, trotz aller politischen Widerstände den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Und weil die Jusos Menschen in den Mittelpunkt stellen, setzen sie sich für die Freiheit

aller ein, egal in welchem gesellschaftlichen, kulturellen oder wirtschaftlichen Zusammenhang. Diese Freiheit ist stets als die gleiche Freiheit aller Menschen gedacht. Dafür muss Politik einen Rahmen schaffen, in dem sich alle untereinander überhaupt solidarisch fühlen und zeigen können. (Für ausführlichere Einlassungen zu linker Politik siehe den Artikel von Nasser Ahmed und Yasemin im letzten „dsp“).

„Wir müssen die SPD immer wieder auf's Neue mit ‚ihrem‘ Auftrag konfrontieren, Politik und Gesellschaft dahingehend zu verändern, dass Freiheit und Gleichheit für alle in einer solidarischen Gesellschaft herrscht“, sagt Nasser Ahmed nach seiner Wiederwahl.

Spannendes Wahljahr 2013

Unser grundsätzliches Ziel, linke Politik innerhalb und außerhalb der SPD durchzusetzen, bleibt auch in einem wichtigen Wahljahr bestehen. Die Jusos arbeiten in allen Wahlkampfgruppen mit und werden den Wahlkampf thematisch und organisatorisch stark prägen. Hand in Hand mit der SPD werden sie sich gegen die unsoziale Europapolitik der schwarz-gelben Bundesregierung, für höhere Besteuerung wohlhabender Menschen und für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik einsetzen. Auf Landesebene kämpfen sie unter anderem für ein gerechtes Bildungssystem, eine ganzheitliche Bildung von Geburt an, gegen Studiengebühren und Alkoholverkaufsverbote.

Doch die Jusos sind nicht nur WahlkampfheldInnen sondern werden auch Einfluss auf die inhaltliche Ausrichtung der KandidatInnen nehmen. Darüberhinaus bauen sie auf eine gute Zusammenarbeit im Wahlkampf, um in der Folgezeit, wenn aus KandidatInnen Abgeordnete geworden sind, in der Bundes- und Landespolitik mitreden zu können. ■

Termine

13.01.13 - 10:30 Uhr
Ortsvereine Boxdorf, Großgründlach und Neunhof: **Jahresempfang**
Gemeinsamer Jahresempfang im Kath. Gemeindezentrum St. Hedwig in Nürnberg-Großgründlach, Am Pfarrbaum 10, Mit Günter Gloser, Gabriela Heinrich, Arif Tasdelen und Horst Krömker

15.01.13 - 19:30 Uhr
SPD Schweinau: **Treffen**
Regionales Freigeld, Referat von Ralph Jahn, Restaurant Sarajevo, Schwabacher Str. 53

15.01.13 - 19:30 Uhr
SPD Nordbahnhof-Vogelherd: **Stadtteilsitzung**
Weinwirtschaft, Friedrichstraße 11

21.01.13 - 19:00 Uhr
SPD Eibach/Röthenbach/Maiach und SPD Gebersdorf/Großreuth: **Neujahrsempfang**
(Einlaß ab 18:30 Uhr) Kinder- und Jugendhaus „SUSPECT“, Am Röthenbacher Landgraben 61, 90451 Nürnberg. Begrüßung: Katja Strohacker & Rafael Raum (Stadtträte). Neujahransprache: Natascha Köhnen (Generalsekretärin der BayernSPD). Künstlerisches Programm: Janet M. Christel und Ralf Trautner mit Songs aus eigener Feder - natürlich mit schottischem Touch

SPD Nürnberg - Karl-Bröger-Straße 9 - 90459 Nürnberg

Termine

22.01.13 - 18:00 Uhr
SPD Gostenhof: Jahres-
hauptversammlung
im Nachbarschaftshaus Go-
stenhof (Adam-Klein-Str. 6)

22.01.13 - 19:30 Uhr
SPD Siedlungen Süd: Jah-
reshauptversammlung
mit Neuwahlen, Gaststätte
des TSV Falkenheim

22.01.13 - 20:00 Uhr
Arbeitskreis Knoblauchs-
land der SPD: Sitzung
305. Sitzung, Ort bitte der
schriftlichen Einladung ent-
nehmen.

27.01.13 - 11:00 Uhr
SPD Gostenhof:
Frühschoppen
Offener Stammtisch in der
Schanzenbräu Schankwirt-
schaft (Adam-Klein-Str. 27)

5.02.13 - 18:30 Uhr
SPD Ziegelstein: Jahres-
hauptversammlung
Sportgaststätte TUSPO,
Herrnhüttestraße 75

5.02.13 - 20:00 Uhr
SPD Großgründlach: Jah-
reshauptversammlung
Gasthof Rotes Ross, Groß-
gründlacher Hauptstr. 22

Die Reihe im dsp: Nürnberger SPD-Persönlichkeiten

Gertrud Krüger (1904 – 1996)

■ Geboren in Magdeburg. Wuchs als älteste von 8 Geschwistern in einer Fabrikarbeiterfamilie auf, „in der die Armut daheim war“, weshalb sie auch gleich nach Ende ihrer Volksschule bereits im Jahr 1918 in die Fabrik zur Arbeit ging. Dabei trat sie auch der Gewerkschaft bei. Schon mit 22 Jahren wurde sie deshalb auch von ihren Kolleginnen und Kollegen zur Betriebsrätin der Schuhfabrik gewählt.

Ein Jahr später (1927) trat sie auch in die SPD ein, weil sie der Meinung war, dass Armut nicht nur gewerkschaftlich bekämpft werden müsse, sondern auch auf der parlamentarischen Ebene. Außerdem wurde sie Mitglied der Arbeiterwohlfahrt. Theoretisches Rüstzeug besorgte sie sich in einer Heimvolkshochschule.

Aus beruflichen Gründen wechselte sie 1932 in die Nürnberger Schuhfabrik Heimann in Nürnberg (später Medicus). Durch den Ortswechsel wurde sie offenbar bei der Machtergreifung der Nazis in Nürnberg nicht behelligt und konnte daher auch nach Kriegsende gleich wieder in die politische Arbeit einsteigen.

Sie wurde wieder Betriebsrätin und Vorsitzende des gewerkschaftlichen Kreisfrauenaus-

schusses. Ihrer erfolgreichen Arbeit hatte sie auch zu verdanken, dass sie als Landtagskandidatin für den Landtag nominiert und auch viermal hintereinander direkt gewählt wurde.

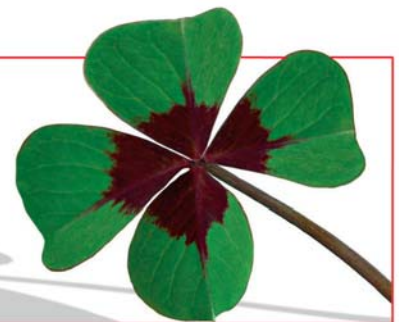
Sie gehörte dem Landtag von 1950 bis 1966 an.

Gertrud Krüger arbeitete zunächst in den Ausschüssen für Heimatvertriebene und Kriegsfolgegeschädigte sowie für sozialpolitische Angelegenheiten und danach im Eingabe- und Beschwerdeausschuss. Sie konnte dadurch vielen in Not geratenen Bürgern behilflich sein.

Ein anderer Schwerpunkt ihrer Arbeit war die Emanzipation der Frauen. Als sie 1950 das erste Mal gewählt worden war, gehörten gerade sechs Frauen dem Landtag an. 1963 wurde sie für ihre Verdienste mit dem Bayerischen Verdienstorden geehrt. ■



Der dsp wünscht allen
Leserinnen und Lesern
ein erfolgreiches und
gesundes Jahr 2013!



der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg. Nächstes Erscheinen: Anfang Februar 2013!